



Thomas Olk, Thomas Gensicke

## Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland

Stand und Perspektiven

€ 39,99, 256 S., Wiesbaden 2014

Springer VS

ISBN: 978-3-658-03787-1

Obleich das Thema „Bürgerschaftliches Engagement“ (BE) seit den 1990er-Jahren in Deutschland im Kontext einer Diskussion um die Zivil- oder Bürgergesellschaft angekommen ist und vielfältige politische und wissenschaftliche Aktivitäten ausgelöst hat, sind die Entwicklungen in den neuen und alten Bundesländern unterschiedlich verlaufen.

Die vorliegende Studie wurde vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegeben und greift auf zwei Datenpools zurück: Zum einen wurden die Ergebnisse zu den neuen Bundesländern aus den Freiwilligensurveys von 1999, 2004 und 2009 herausgefiltert und zum anderen wurden 40 leitfadengestützte Experteninterviews in den neuen Ländern durchgeführt. Fragestellung und Ziel sind ein Vergleich zwischen den neuen und alten Bundesländern sowie zwischen den neuen Bundesländern.

Im Grußwort zur Studie schreibt Christoph Bergner, Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer: „Wer sich in Vereinen und Verbänden, in Institutionen und Initiativen für das Gemeinwesen, andere Menschen und unsere Umwelt engagiert, trägt damit auch zum Gelingen unserer Demokratie bei“ (S. 5). Hier drängt sich sogleich die Frage auf, wie kompatibel diese an sich richtige Feststellung mit der seit Ende 2014 entstandenen PEGIDA-Bewegung („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) aus Dresden ist? Dieses – im Kern – bürgerschaftliche Engagement drückt ein Unbehagen an der vorhandenen politischen Kultur aus. Diffuse und reale Unsicherheiten über die Zukunft in den neuen Bundesländern äußern sich in Ängsten vor Überfremdung, Islamisierung und drohender Armut in Deutschland. Ist PEGIDA damit Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements? Und: Bestätigt PEGIDA die in der Studie von Olk und Gensicke getroffene Aussage, dass derzeit eine Annäherung des Engagementpotenzials zwischen Ost und West stattfindet und sich Ungleichzeitigkeiten zunehmend nivellieren? Interessant ist auch die Feststellung, dass in den neuen Ländern sogar mehr Menschen an öffentlich-politischen Aktionen im Untersuchungszeitraum teilgenommen haben als in den alten Bundesländern (S. 196).

Von großer Bedeutung für BE sind die Siedlungsstrukturen. Während in den Ballungszentren in Ost und West das Engagementpotenzial ähnlich ist, sind in ländlichen Regionen deutliche Unterschiede zu registrieren in dem Sinne, dass der Osten über eine deutlich geringere Engagementquote ver-

fügt. Diese Ost-West-Unterschiede in ländlichen Regionen sind auch ursächlich für das Gesamtergebnis des Vergleichs zwischen den neuen und alten Bundesländern verantwortlich. Daraus kann geschlossen werden, dass das Problem des BE im Vergleich Ost-West vor allem ein Problem des ländlichen Raumes ist. Eine Erklärung für dieses Stadt-Land- und Ost-West-Gefälle liegt in der mangelhaften Infrastruktur im Osten. Die öffentliche Infrastruktur ist ein wesentlicher Indikator für die Wirksamkeit und die Intensität einer Zivilgesellschaft. Hier haben die neuen Bundesländer klare Strukturdefizite gegenüber dem Westen. Hinzu kommen eine höhere Arbeitslosigkeit, fehlende Arbeitsplätze und Unterbeschäftigung in den neuen Bundesländern. Bezüglich des BE wirkt sich dies aber wiederum in einer stärkeren Motivation dieser Milieus aus, d. h. Arbeitslose im Osten sind häufiger freiwillig engagiert als im Westen.

Im zweiten empirischen Teil der Studie, den Interviews, geht es um qualitative Aussagen und um Bewertungen. Dabei wird deutlich, dass BE im Osten oftmals mit dem traditionellen Vereinswesen und der Geselligkeit in Verbindung gebracht und weniger als Ressource für gesellschaftliche Aufgaben verstanden wird.

Ein zentrales Ergebnis der quantitativen und der qualitativen Analyse ist der Defizitcharakter ländlicher Räume. Sowohl zwischen Ost und West als auch innerhalb der neuen Bundesländer klafft eine Diskrepanz zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Der ländliche Raum ist das zentrale Problemfeld beim BE.

Am Ende der Studie steht ein umfangreicher Katalog mit Handlungsempfehlungen (S. 225–242), der sich auf unterschiedliche politische, raumordnungspolitische, soziale und kulturelle Praxisfelder bezieht und unterschiedliche Akteure anspricht.

Erstaunlicherweise scheint Erwachsenenbildung in diesem Kontext keine Rolle zu spielen. Sie findet keine Erwähnung. Dies überrascht, da die Erwachsenenbildung und vor allem die Allgemeine Weiterbildung wie z. B. Volkshochschulen oder Kirchliche Träger über eine lange Tradition bürgerschaftlicher Bildungsarbeit verfügen und sich seit den 1990er-Jahren stark eingebracht haben. Die Entwicklungschancen für BE in ländlichen Regionen durch die Erwachsenenbildung werden von den Autoren der Studie unterschätzt bzw. in Unkenntnis vernachlässigt.

Insgesamt ist die Studie brauchbar und ein nützlicher „Steinbruch“, um sich ein Bild vom BE in den neuen Bundesländern zu machen. Nicht gesehen wird allerdings die große Bedeutung von Bildungsprozessen im Kontext eines lebenslangen Lernens. Dieser Aspekt muss bei Folgestudien stärker thematisiert werden.

**Prof. Dr. Ulrich Klemm**

Honoraryprofessor für Erwachsenenbildung / Weiterbildung

Universität Augsburg

E-Mail: klemm@vhs-sachsen.de